

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Tschechische Republik**

**Quartal/Jahr: II/2011**

## SCHLAGZEILEN

1. **Trotz langwieriger Querelen bleibt die Regierungskoalition bestehen (vorerst)**
2. **Heftige Proteste der Gewerkschaften gegen die Reformen**
3. **Die soziale und wirtschaftliche Lage in Tschechien bleibt stabil**
4. **Das Politbarometer – Tschechiens Linke würde die Parlamentswahlen gewinnen**

### **1. Trotz langwieriger interner Probleme bleibt die Regierungskoalition bestehen**

Der ganze Berichtszeitraum war geprägt von unendlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition, die aus der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), der konservativen TOP 09 Partei und der Partei Öffentliche Angelegenheiten (VV) besteht. Obwohl alle drei Koalitionspartner ihren unrühmlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten, war es in erster Linie die VV, die dafür sorgte, dass bis Ende Juni nicht klar war, ob das Koalitionskabinett in dieser Zusammensetzung überleben wird. Einerseits durch ihre eigenen Probleme, andererseits durch permanente Forderungen an den Ministerpräsidenten Petr Nečas in Sachen Regierungsprogramm bzw. Besetzung der Ministerposten.

In der Zeit von April bis Juni 2011 zeigte es sich erneut, dass politische Subjekte, deren Entstehung und Programm auf keinen klar definierten weltanschaulichen und politischen Werten basiert und die ihren Aufstieg einzig und allein ausgeklügeltem politischen Populismus verdanken, auf die Dauer keinen positiven Beitrag zur Gestaltung der Politik und daher zur Stärkung der politischen Stabilität bringen können. Die Anfang April 2011 ausgebrochene Kette von Affären der VV zeigte, dass diese Partei – die in Ihrem Wahlprogramm eine gnadenlose Bekämpfung der Korruption forderte - selbst Korruption praktiziert. Es wurde bekannt, dass der einflussreichste Politiker der VV – der Verkehrsminister im Kabinett Nečas – Vít Bárta, einige VV-Fraktionsmitglieder bestechen wollte, damit diese entsprechend seinen Wünschen abstimmen. Gegen Bárta stellten sich vor allem der Partei-Vizevorsitzende Miroslav Škárka und die VV-Fraktionsvorsitzende Kristýna Kočí. Bárta versuchte diese Anschuldigungen widerzulegen, musste dann aber unter dem Druck der Tatsachen als Verkehrsminister zurücktreten, blieb jedoch Mitglied des Parlaments. Es folgte eine ganze Reihe von Skandalen der VV.

Die Parteimitglieder haben vertrauliche Gespräche aufgenommen und den Inhalt dann Journalisten zur Verfügung gestellt. Es wurde ein Dokument entdeckt, aus dessen Inhalt hervorging, dass sich Vít Bárta vor einigen Jahren entschlossen hatte, die VV als ein Unternehmensprojekt zu gründen, mit dem klar deklarierten Ziel, in die Politik einzusteigen, um einen möglichst hohen ökonomischen Nutzen für seine Privatfirma – eine Sicherheitsagentur unter dem Namen ABL - zu gewinnen. Die Fraktionsvorsitzende wurde beschuldigt, gemeinsam mit dem ODS-Fraktionsvorsitzenden Petr Tluchoř einen Putsch in der Partei VV vorbereitet zu haben. Tluchoř verlor seine Position in der ODS-Fraktion, nachdem er sich dafür ausgesprochen hatte, die Kooperation mit der VV zu beenden und lieber vorgezogene Parlamentswahlen zu riskieren. Der Ministerpräsident und ODS-Vorsitzende Petr Nečas meinte jedoch, die Durchsetzung der Reformen sei zu wichtig, als dass man die parlamentarische Mehrheit der nicht linksgerichteten Parteien (ODS, TOP 09, VV) aufs Spiel setzen könnte.

Diese Tatsache nutzten wiederum die VV-Repräsentanten im Parlament dazu, um personalpolitische Forderungen zu stellen. Für den Fall, dass die Forderungen nicht akzeptiert werden sollte, drohten sie bis zum 30. Juni mit dem Verlassen der Koalition.

Noch vor dem Ende der Frist wurde ein Zusatzartikel zur Koalitionsvereinbarung unterzeichnet, in dem der VV-Partei garantiert wurde, dass sie im Kabinett vier Ministerposten inne haben wird. Die Partei-Vizevorsitzende Karolina Peak wurde zur Vize-Vorsitzenden der Regierung und Vorsitzenden des Gesetzgebungsrates der Regierung ernannt. Außerdem bekam sie zusätzliche Kompetenzen zur Bekämpfung der Korruption. Die VV stellt mit Kamil Jankovský (Regionalentwicklung) Lukáš Hampl (Verkehr) und Josef Dobeš (Schulwesen) drei weitere Minister.

Trotz der Beruhigung der Atmosphäre in der Regierungskoalition ist die politische Situation im Lande alles andere als stabil. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die VV auch in Zukunft für Querelen in der Koalition sorgen wird. Sie wird nicht nur personalpolitische Forderungen, sondern – und das ist der größte Risikofaktor – auch programmatische Forderungen stellen, wobei nicht wenige Programmpunkte der VV der Sozialdemokratischen Partei relativ nahe stehen.

## 2. Heftige Proteste der Gewerkschaften gegen die Reformen

Neben den Kommunisten und Sozialdemokraten sind Tschechiens Gewerkschaften der größte und aktivste Gegner der Regierungsreformen. Im Berichtszeitraum organisierten sie zwei große Protestaktionen gegen die Regierungspolitik. Am 23. Mai fand in Prag eine große Demonstration gegen die vorbereiteten Reformen statt, an der etwa 40.000 Personen teilnahmen. Am 16. Juni versuchten die Gewerkschaften durch Einstellung des Eisenbahnbetriebs im ganzen Land und des öffentlichen Verkehrs in großen Städten des Landes das Leben in Tschechien lahm zu legen. In Prag sollten weitere Massenproteste folgen. Obwohl der Eisenbahnverkehr im ganzen Lande wirklich unterbrochen und der Betrieb der Prager U-Bahn eingestellt wurde, erfüllte der Ablauf des Streiks die Ziele der Organisatoren nicht. Das Wirtschaftsleben funktionierte ohne größere Probleme und an der Demonstration in Prag nahmen nur etwa 800 bis 1.000 Personen teil. Die führenden Repräsentanten der Gewerkschaften waren enttäuscht und klagten, die Tschechen seien leider nicht wie die Franzosen oder Italiener zu wirklich heftigen Protesten

bereit. Damit gaben sie zu, dass ihr Plan, gegen die Regierungsreformen eventuell einen Generalstreik zu organisieren, im Moment nicht realistisch ist.

### 3. Die soziale und wirtschaftliche Lage in der Tschechischen Republik ist stabil

Trotz harter politischer Auseinandersetzungen um die grundsätzlichen Reformen in den Bereichen Soziales, Gesundheitswesen und Steuern hat sich im Berichtszeitraum die soziale und wirtschaftliche Lage des Landes relativ positiv entwickelt. Die Wirtschaft ist um knapp 2 % gewachsen, die Arbeitslosigkeit ist auf 8,1 % gesunken. Auf der anderen Seite sind noch immer 478.000 Personen erwerbslos, allerdings mit sinkender Tendenz. Tschechiens Wirtschaft ist eng mit der deutschen verbunden, so dass eine gute Wirtschaftsentwicklung in Deutschland sich auch auf ökonomische und soziale Lage in Tschechien positiv auswirken wird.

### 4. Das aktuelle Politbarometer

Nach den neuesten Ergebnissen einer Meinungsumfrage der Agentur SANEP würden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik – wenn sie Ende Juni stattfänden – folgende Ergebnisse bringen:

Sozialdemokraten (ČSSD)	34,5 % Stimmen	79 Sitze
ODS	17,8 % Stimmen	41 Sitze
TOP 09	16,3 % Stimmen	38 Sitze
Kommunisten (KSČM)	13 % Stimmen	30 Sitze
VV	3,4 % Stimmen	kein Sitz
KDU-ČSL	5,3 % Stimmen	12 Sitze

Wie aus diesen Angaben hervorgeht, würden die linksgerichteten Parteien – KSČM und ČSSD – im 200-köpfigen Parlament eine Mehrheit von 109 Stimmen gewinnen. Die VV würde – und das ist ein langfristiger Trend – die 5 %-Klausel nicht überwinden, die KDU-ČSL dagegen knapp.

Interessant ist aber der Trend. Im Vergleich zu den Ergebnissen von Mai 2011 mussten die Sozialdemokraten einen kleinen Verlust von 0,8 % hinnehmen, die ODS verbesserte sich um 1,5 % und die TOP 09 um 0,9 %. Diese Ergebnisse gewinnen Ihre Bedeutung aus der Tatsache, dass sie in einer Zeit entstanden, als die linksgerichteten und gewerkschaftlichen Proteste ihren bisherigen Höhepunkt erreichten.

Jindrich Mallota

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag, Tschechische Republik

#### IMPRESSUM

Erstellt 12.07.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)